

Sitzungsperiode 2020-2021
Sitzung des Ausschusses III vom 3. Dezember 2020

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 452 von Frau SCHOLZEN (ProDG) an Ministerin KLINKENBERG zu den Leistungskontrollen im Gemeinschaftsunterrichtswesen**

Die Schüler des Gemeinschaftsunterrichtswesen werden in diesem Schuljahr keine Weihnachtsprüfungen ablegen.¹ Angesichts der ohnehin angespannten Lage an den Schulen, wo man versucht Rückstände durch die Corona-Krise weitestgehend zu minimieren, zählt natürlich jeder weitere Tag an dem Unterricht erteilt werden kann. Die ausfallenden Prüfungen betreffen außerdem nur die Schüler ab dem dritten Sekundarjahr aufwärts. Im ersten und zweiten werden ohnehin keine Weihnachtsprüfungen mehr abgehalten.

Meine Fragen bezüglich der ausfallenden Prüfungen lauten:

- *Wie werden die Leistungen der Schüler für dieses Schuljahr kontrolliert werden? Wird es im Sommer Prüfungen über den Lernstoff des gesamten Schuljahres geben?*
- *Wird bei den Klassenräten am Ende des Jahres berücksichtigt werden, dass der Lernstoff entsprechend umfangreicher war?*

- **Frage Nr. 453 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zu Förderpädagogen in der DG**

Die Wichtigkeit des Einsatzes von ausgebildeten Förderpädagogen als Unterstützung der Lehrpersonen und besonders zum Wohle der Schülerinnen und Schüler ist unbestreitbar. Schüler mit erhöhtem Förderbedarf brauchen qualifiziertes Personal, das sie ergänzend zum Klassen- oder Fachlehrer spezifisch und bedarfsorientiert fördert.

In der DG wird diese Förderung im Regelunterricht in Kindergärten und Schulen auf zweierlei Weise organisiert:

Durch die hochschwellige Förderung (Volksmund „Integration“) erhalten Schülerinnen und Schüler mit zwei oder mehr Teilleistungsstörungen wie ADHS, Dyskalkulie, Lese-Rechtschreib-Schwäche u. ä. die Möglichkeit dem Regelunterricht zu folgen.

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

¹ Quelle: Grenzecho: Klinkenberg: Keine Weihnachtsprüfungen an Sekundarschulen im GUW. 13. November 2020

Durch die niederschwellige Förderung werden Schülerinnen und Schüler punktuell gefördert, wenn sich Schwächen und Rückstände zeigen. Dadurch soll verhindert werden, dass diese Kinder den Anschluss verlieren.

Nicht nur in Zeiten von Lehrermangel, aber dann sicherlich verstärkt, arbeiten Förderpädagogen als Regelschullehrer. Das ist an sich eine gute Sache, da sich ihre Ausbildung positiv auf ihre Arbeit im Regelunterricht auswirkt. Die Ecolo-Fraktion unterstützt deshalb auch das Vorhaben, die Förderpädagogik in das Regelstudium zum Primarschullehrer einzubauen. Dennoch: Diese Förderpädagogen fehlen dort, wo sie ggfs. noch schwerer ersetzt werden können, in der hoch- und niederschweligen Förderung.

Im September 2017 antwortete der damalige Minister Mollers auf eine Frage zu den zu Beginn des Schuljahres 2017-2018 besetzten Stellen bzw. zum Lehrermangel im Bereich Förderpädagogik: „Nicht besetzt sind im Regelgrundschulwesen derzeit eine Reihe von Stellen im Amt des Förderpädagogen.“ Die bezieht sich auf die niederschwellige Förderung.

“In diesem Amt, in dem ja bekanntlich nur Personalmitglieder eingestellt werden dürfen, die über den erforderlichen Befähigungsnachweis verfügen, sind – ähnlich wie in den Vorjahren – rund 50% der gewährten Stellen vakant geblieben“.

Da die Besetzung der Stellen durch qualifizierte, also im Bereich Förderpädagogik ausgebildete Lehrpersonen zum Wohle der Schülerinnen und Schüler, aber auch zur Unterstützung und Entlastung der Lehrpersonen unerlässlich ist, richte ich folgende Fragen an Sie, Frau Ministerin:

- *Gibt es eine jährliche Bestandsaufnahme, die die Situation der Förderpädagogen in den Schulen der DG analysiert?*
- *Welcher Unterstützung erhalten solche Lehrpersonen, die zwar als Förderpädagogen (hoch- oder niederschwellig) arbeiten, aber nicht die Zusatzausbildung absolviert haben?*
- *Gibt es eine Befragung, eine Erhebung oder eine Zufriedenheitsstudie, wie die Zusammenarbeit von ausgebildeten Förderpädagogen mit dem restlichen Personal der Schulen und Kindergärten läuft.*

• **Frage Nr. 454 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerin KLINKENBERG zur Organisation der Prüfungen im Hochschulwesen und insbesondere an der Autonomen Hochschule**

Im Dezember laufen für gewöhnlich an den belgischen Universitäten und Hochschulen die Vorbereitungen auf die Januar-Prüfungen. Deswegen kündigte die für das Hochschulwesen der französischsprachigen Gemeinschaft zuständige Unterrichtsministerin, Frau Glatigny, bereits am 26. November an, dass die Prüfungen an Universitäten und Hochschulen im Januar teilweise mit physischer Anwesenheit stattfinden dürfen.

Wir freuen uns, dass dies angesichts der Entwicklung der Gesundheitssituation mit der Zustimmung der Experten aller Voraussicht nach möglich sein wird. Denn wir müssen die Qualität der Bildung für alle Schüler aufrechterhalten. Und die Qualität der Bewertungen ist ein wesentlicher Bestandteil der Unterrichtsqualität, wie Pierre Wolper, Rektor der Universität Lüttich, gegenüber der RTBF erklärte.

Der Pressemitteilung der Frau Ministerin Glatigny ist zu entnehmen, dass sie damit einem ausdrücklichen Wunsch der Bildungsakteure nachkomme, insbesondere für praktische Prüfungen. Ziel sei nicht zuletzt auch die Gleichstellung aller Studenten.

Als SP-Fraktion liegt uns letzterer Punkt selbstverständlich besonders am Herzen. Jeder Student sollte die gleichen Chancen haben, unabhängig von Faktoren wie beispielsweise der Internetqualität.

Um das gesundheitliche Risiko bei Präsenz-Prüfungen möglichst gering zu halten, sollen die bekannten Schutzmaßnahmen eingehalten werden. So soll beispielsweise jeder Student eine Maske tragen und einen Abstand von 1,5 m zu anderen Studenten einhalten. Um dies zu ermöglichen, wird die Lütticher Universität beispielsweise externe Prüfungsräume anmieten müssen.

Hierzu lauten meine Fragen:

- *Werden landesweit und in der Deutschsprachigen Gemeinschaft die gleichen Rahmenbedingungen zur Organisation der Prüfungen im Hochschulwesen angestrebt?*
- *Hat die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bereits Kontakt mit der Autonomen Hochschule aufgenommen, um mit den Akteuren über etwaige spezifische Maßnahmen und deren Umsetzung zu beraten?*
- *Welche Maßnahmen werden gegebenenfalls ergriffen, um für Studenten, die beispielsweise aufgrund einer Quarantäne nicht an Präsenz-Prüfungen teilnehmen können, unter gerechten Bedingungen die Teilnahme an einer anderen Form der Prüfungen zu ermöglichen?*

• **Frage Nr. 455 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zu Bewegung, Wohlbefinden und gesunder Ernährung**

Sitzen ist das neue Rauchen. Diese Wendung hört man gerne, wenn es um die negativen Auswirkungen von Bewegungsmangel auf die Gesundheit geht. Der Körper ist eben nicht dafür gemacht den ganzen Tag zu sitzen. Dennoch zwingen wir ihn gerade in dieser schwierigen Phase mehr denn je zum Stillsitzen. Das gilt auch für den Schulalltag, in dem vor allem die Jugendlichen in den Sekundarschulen noch stärker als gewöhnlich an ihren Sitzplatz gebunden sind, um möglichst oft einen ausreichenden Abstand von den Mitschülern halten zu können.

Obendrein schränken die aktuellen Maßnahmen die Jugendlichen nach dem Unterricht in ihren sportlichen Aktivitäten stark ein, sind doch förmlich alle organisierten Angebote wie Vereinstrainings und Fitnessstudios geschlossen.

Bewegungsmangel kann dabei nicht nur erhebliche Auswirkungen auf die körperliche Gesundheit haben, sondern auch auf die Psyche schlagen, die ja ebenfalls durch die aktuelle Situation strapaziert ist.

Natürlich sind diese Einschränkungen nötig, die Situation entbehrt aber nicht einer gewissen Ironie: In einer Gesundheitskrise, in der es mehr denn je darum geht, Acht auf die eigene Gesundheit zu geben, ist eine ihrer wichtigen Grundlagen, nämlich der körperliche Betätigung, so stark eingeschränkt.

Aus diesem Grund muss Politik die Bürgerinnen und Bürger noch intensiver als in der Vergangenheit darin bestärken, sie sogar unterstützen, sich dennoch ausreichend zu bewegen.

Auch eine Sensibilisierung für einen gesunden Lebenswandel insgesamt ist notwendig. Zwei Schwerpunkte sind neben der Suchtprävention die gesunde Ernährung und die mentale Gesundheit. Auch dafür sollte Schule noch aktiver sensibilisieren, als sie es ohnehin schon tut.

Aus diesem Grund habe ich folgende Fragen an Sie, Frau Ministerin:

- *Sind Ihnen "Best-Practice-Modelle" aus Schulen der DG bekannt, die einen gesunden Lebenswandel z. B. durch gesunde Ernährung oder mehr sportliche Aktivität während der Corona-Zeit besonders in den Fokus gerückt haben?*

- *Wie hat die Regierung speziell Schulen zur Förderung eines gesunden Lebenswandels während der Corona-Zeit sensibilisiert?*

• **Frage Nr. 456 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zur Kündigung des PPP-1-Vertrags und Planung des PPP-2-Projekts ohne private Partner**

PPP steht für Public Private Partnership. Die öffentliche Hand, in unserem Fall die DG, kooperiert dabei mit einem oder mehreren privaten Unternehmen, um Bauvorhaben zu realisieren. Da das Privatunternehmen für die Finanzierung zuständig ist, liegt es in seinem Interesse effizient und vorausschauend zu arbeiten, während die öffentliche Hand die Zielvorgaben des Projekts definiert. Nach Ablauf einer bestimmten Vertragsdauer, während derer die DG in Form eines Miet- und Dienstleistungsvertrags über die Immobilien des PPP-Projekts verfügen kann, gehen diese Immobilien an die Deutschsprachige Gemeinschaft. Für die Dauer des Vertrags ist jedoch der private Partner für Unterhalt und Pflege der Immobilien zuständig. Man kann also davon ausgehen, nach Ablauf der Vertragsdauer von 25 Jahren Immobilien in nahezu tadellosen Zustand zu übernehmen.

Bei der Vorstellung des aktuellen Haushalts hat Ministerpräsident Paasch nun erklärt, die erste PPP-Kooperation möglichst bald beenden zu wollen und für die Planung von PPP-II auf das Modell der Kooperation mit der Privatwirtschaft verzichten zu wollen. So geht er bei der jetzigen Zinslage davon aus, dass sich sowohl die Vertragsauflösung des PPP-1 als auch die Umsetzung von PPP-2 ohne privaten Partner für die DG insgesamt rechnen werden.

Es wurde uns des weiteren in den Haushaltsberatungen erklärt, dass gewisse Dienstleistungen, die ursprünglich vom PPP-Partner übernommen wurden mittlerweile durch die DG organisiert werden.

Viele Details in Bezug auf des PPP-2-Vorhaben scheinen jedenfalls noch nicht klar zu sein. So wurde bislang noch nicht ersichtlich, ob die Projekte in Kelmis und St. Vith auch weiterhin in Form eines großen Projektes umgesetzt werden, oder ob möglicherweise eines zeitiger in Angriff genommen wird, weil die Planungen unterschiedlich schnell voranschreiten.

Es scheint insgesamt viele Unklarheiten in Bezug auf die PPP-Projekte zu geben, denn verschiedene Partner und Akteure klagen über fehlende Kommunikation bezüglich der umfangreichen Bauvorhaben, der angesetzten Arbeitsgruppen und der Überlegungen insgesamt. Das ist schade und lässt die nötige Wertschätzung vermissen, sind sie doch die vermeintlich wichtigsten Partner, schließlich geht es um ihre Perspektive und Zukunft.

Natürlich durchleben wir gerade besondere Wochen und Monate, und natürlich hat der Wechsel auf dem Ministerposten für Verzögerungen in vielen Bereichen gesorgt, aber den scheinbaren Stillstand und die fehlende Kommunikation auf diese beiden Umstände zu schieben, scheint mir zu einfach.

Aus diesem Grund habe ich folgende Fragen an Sie, Frau Ministerin, in der Hoffnung dadurch für etwas mehr Klarheit sorgen zu können:

- *Aufgrund welcher Entwicklungen hat sich die Regierung für eine Abwendung von den PPP-Projekten entschieden?*
- *Aus welchen Dienstleistungsverträgen ist man bereits im Laufe der letzten Jahre ausgestiegen?*
- *Wie ist der Stand der Planungen für die Schulbauten, die ursprünglich als PPP-II umgesetzt werden sollten?*

• **Frage Nr. 457 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zu den Abschlussjahrgängen im Hybridlernen**

Bereits im letzten Schuljahr haben wir mit ihrem Vorgänger darüber gesprochen, welche Auswirkungen die starken Einschränkungen der Corona-Schutzmaßnahmen auf die Qualität der Abschlussdiplome unserer Schülerinnen und Schüler haben könnte.

Im vergangenen Schuljahr erhielten alle Absolventen regulär ein vollwertiges Diplom. Dasselbe wünschen wir uns auch für das laufende Schuljahr, schließlich wird dank des großen Aufwands unserer Schulen dafür Sorge getragen, dass die Schülerinnen und Schüler trotz der erschwerten Bedingungen bestmöglich beschult werden. Die größten Einschnitte gibt es zur Zeit in den Sekundarschulen. Durch den hybriden Unterricht aus Präsenz- und Fernunterricht verbringen die Jugendlichen der Mittel- und Oberstufen der Sekundarschulen nur jede zweite Woche in der Schule, während sie in der Folgewoche im Fernunterricht sind.

Auch bei bester Vorbereitung und Betreuung ist davon auszugehen, dass diese Regelung mit negativen Auswirkungen auf die vermittelten Kompetenzen und Unterrichtsinhalte verbunden sein wird. Mit Blick auf die letztjährigen Einschränkungen ergibt sich daraus ein noch größerer Einschnitt.

Ich bin davon überzeugt, dass es den Schulen gelingen wird, die entstandenen Rückstände auf lange Sicht zumindest in gewissem Maße aufzuarbeiten. Aus diesem Grund ist es aber natürlich von enormer Bedeutung, dass möglichst bald wieder uneingeschränkter Präsenzunterricht stattfinden kann, der natürlich mit einem Schutz für Schülerinnen und Schüler sowie für ihre Lehrkräfte einhergehen muss.

Am wenigsten Zeit, die entstandenen Rückstände aufzuarbeiten haben naturgemäß die Abschlussjahrgänge, denn sie werden in 7 Monaten diplomiert und (zumindest teilweise) die Schule verlassen. Aus diesem Grund ist es nach Auffassung der Ecolo-Fraktion wesentlich, den Schülerinnen und Schülern der 3., 6. und 7. Jahre bei der Rückkehr in den Regelunterricht Vorrang einzuräumen.

Aus diesem Grund habe ich folgende Fragen an Sie, Frau Ministerin:

- *Aus welchem Grund wurden die Unterstufen der Sekundarschulen vom Hybridlernen ausgenommen?*
- *Wie soll der Wiedereinstieg in den Schulalltag voraussichtlich organisiert werden?*
- *Ist absehbar, ab wann mit einer Wiederaufnahme des Regelunterrichts in den Sekundarschulen zu rechnen ist?*

• **Frage Nr. 458 von Herrn KRAFT (CSP) an Ministerin KLINKENBERG zu kostenlosen Menstruationsprodukten**

Bereits in mehreren Resolutionen forderte das Europäische Parlament die Mitgliedstaaten dazu auf einen niedrigen, bestenfalls gar keinen Mehrwertsteuer-Satz, auf Menstruationsprodukte anzuwenden. Frauen und Mädchen sind schließlich auf diese Hygieneartikel angewiesen und nichts rechtfertigt, diese Produkte wie Luxusgüter zu besteuern. Seit 2018 werden Tampons und Binden in Belgien nicht mehr mit 21%, sondern mit 6% besteuert. Für viele Frauenverbände in Belgien, die seit Jahren eine Abschaffung der sogenannten „Tamponsteuer“ fordern, war dies zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber es bleibt nicht nachvollziehbar, weshalb Hygieneartikel für Frauen zum Beispiel in öffentlichen Toiletten oder öffentlichen Einrichtungen, wie Schulen, nach wie vor nicht kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Schließlich muss Toilettenpapier auch nicht selbst mitgebracht oder vor Ort bezahlt werden.

Schottland macht es vor: Als erstes Land der Welt bietet Schottland in Zukunft Tampons und Binden kostenlos an. Das entsprechende Gesetz wurde durch das Parlament in

Edinburgh einstimmig beschlossen und sieht vor, dass Hygieneartikel für Frauen an öffentlichen Orten wie Schulen oder Jugendzentren gratis bereitgestellt werden müssen. Die schottische Ministerpräsidentin betitelte diesen Schritt zurecht als „bahnbrechend“ für Frauen und Mädchen.

Hierzu meine Frage:

- *Wäre eine kostenlose Bereitstellung dieser Hygieneartikel auch für die Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft denkbar?*

• **Frage Nr. 459 von Herrn KRAFT (CSP) an Ministerin KLINKENBERG zu Schüler-Praktika in Zeiten der Corona-Krise**

In zahlreichen Schulausbildungen gehört das Praktikum zum Leistungskatalog. Durch die aktuelle Situation ist die Durchführung des Praktikums sowohl für Schüler als auch für die aufnehmenden Unternehmen schwierig.

Im Rahmen der letzten Regierungskontrolle vom 05.11.2020 habe ich zu diesem Sachverhalt bereits eine Frage gestellt und die Ministerin darauf hingewiesen, dass es wichtig ist, ein Wenn-Dann Konzept zu haben. Die Ministerin bestätigte daraufhin, dass es zwar schon Überlegungen gibt, diese aber noch nicht konzeptionell vorliegen und eine Entscheidung verfrüht wäre. Wir stimmen zu, dass mit allen Mitteln versucht werden sollte, die Praktika unter Einhaltung der allgemeinen Regeln bestmöglich aufrecht zu erhalten. Dennoch müssen wir davon ausgehen, dass Praktika ganz oder teilweise ausfallen und nicht rechtzeitig nachgeholt werden können. Da das Schul- und Ausbildungsjahr 2020-2021 fortschreitet, möchte ich erneut eine Frage dazu stellen.

Hierzu meine Frage:

- *Wie ist der aktuelle Stand diesbezüglich?*
- *Welche kreativen Lösungen gibt es?*
- *Wie wird das Praktikum in geschlossenen Betrieben praxisnah umgesetzt?*

• **Frage Nr. 460 von Herrn MERTES (VIVANT) an Ministerin KLINKENBERG zur mangelnden Lesekompetenz und Rechtschreibfertigkeit bei Schülern in der DG**

In der Regierungskontrollsituation vom 8. Oktober war die abnehmende Lesekompetenz der Schüler der Deutschsprachigen Gemeinschaft Thema einer mündlichen Frage an Ihren Vorgänger, Herrn Mollers.

In seiner Antwort erwog der Minister unter anderem die Tatsache, dass Kinder heutzutage weniger lesen bzw. andere Medien als Bücher und Zeitungen konsumieren, als möglichen Grund für diese alarmierende Entwicklung.

Dies scheint auch nach meinem Dafürhalten eine Ursache dieser Entwicklung zu sein, denn es ist in der heutigen Welt so, dass jüngere aber auch ältere Generationen viel Zeit an Smartphones und Tablets verbringen.

Eine von der deutschen Regierung in Auftrag gegebene Studie bestätigt die außerschulischen Auswirkungen der Nutzung digitaler Medien. Die Folgen hiervon seien u.a. Sprachentwicklungs- und Konzentrationsstörungen. Sogar Säuglinge litten unter Essens- und Einschlafstörungen, wenn die Mutter, während sie das Kind betreut, auch digitale Medien nutze. Dies habe wiederum Auswirkungen auf die Schulkinder, da bei etwa der Hälfte der Grundschul Kinder die Lernschwierigkeiten so erheblich seien, dass bei ihnen

eine schulische Entwicklungsstörung in Bezug auf Lesen, Rechtschreibung und Rechnen diagnostiziert wurde.²

Kleinkinder, die ihre Eltern bereits in ihren ersten Lebensjahren dauerhaft mit dem Smartphone in der Hand beobachten, fühlen sich nicht nur vernachlässigt. Auch sie verlangen danach, dieses kleine farbenfrohe und klangvolle Teil in die Hände zu bekommen und spielen bereits sehr früh mit elektronischen Endgeräten. In vielen Familien nimmt dieser Trend leider zu, und vielen Eltern ist nicht bewusst, dass sie ihre Kinder mit zunehmendem Konsum von digitalen Medien in die Sucht oder in Richtung anderer psychischer Probleme steuern. Bücher finden in solchen Familien kaum Beachtung und demnach werden die Kinder auch nicht von Ihren Eltern an die Lektüre von Kinderbüchern herangeführt.

In einer Zeit, in der der Begriff "Digitalisierung" als Synonym für Fortschritt verwendet und kaum hinterfragt wird, nehmen digitale Endgeräte, wie Tablets und Computer, immer mehr Raum im Unterricht ein. Dies verstärkt diese Entwicklung. Die bereits vorhandene mangelnde Lesefertigkeit und Rechtschreibung kann in den Schulen immer schwieriger aufgefangen werden.

Wir sind der Meinung, dass es unbedingt erforderlich ist, Eltern für Auswirkungen auf Lernfähigkeit und für die Suchtgefahren zu sensibilisieren, die von der massiven Nutzung von elektronischen Endgeräten ausgehen. Auch fordern wir, dass in den Schulen der DG das Lesen und Schreiben mit bewährten Methoden gefördert wird.

In diesem Zusammenhang lauten meine Fragen:

- *Wie gedenken Sie der abnehmenden Lesekompetenz in der DG konkret entgegen zu steuern?*
- *Wie stehen Sie zu weitreichenden Aufklärungsmaßnahmen über die Folgen der Nutzung von digitalen Medien bei Kindern und über Suchtgefahren, die vom Gebrauch Smartphones und Tablets ausgehen?*

² Hensinger_Digitale_Bildung_Zürich_180127 - <https://docplayer.org/108861074-Wie-lebendig-kanndigitalisierte-schule-sein-auf-dem-weg-zu-einer-schule-ohne-lehrer-ueber-einige-folgen-dergooglification-des-erziehungswesens.html>